

gangenen Jahr in realen Werten weniger als 1979.

THATCHER: Was kauften sie weniger?

SPIEGEL: Konsumgüter.

THATCHER: Das kann nicht wahr sein, denn die Sozialleistungen, besonders die Kindergeldzahlungen, sind höher als 1979.

SPIEGEL: Die Arbeitslosenziffern werden Sie doch wohl nicht bestreiten: 1979 waren es 1,1 Millionen, heute sind es knapp drei Millionen.

THATCHER: Stimmt. Und wie viele Arbeitslose haben Sie in der Bundesrepublik?

SPIEGEL: 2,2 Millionen.

THATCHER: Ja, ich weiß, die Zahl der Arbeitslosen ist gestiegen – bei uns wie bei Ihnen. Aber was tun? Zur „Financial Times“ sage ich: Dreimal Hurra, wenn ihr wißt, wie man es besser macht. Geht raus in die Wirtschaft, fangt ein Geschäft an, stellt Leute ein. Fangt an und tut was.

SPIEGEL: Auch etablierte britische Institutionen wenden sich gegen die Unbarmherzigkeit des Thatcherismus. Die Anglikanische Kirche greift Sie wegen des Verfalls der Innenstädte an.

THATCHER: Die Anglikanische Kirche kennt das Problem der Inner Cities aus eigener Erfahrung – sie hat genug verlassene, überflüssige Kirchen in den Städten. Zur grundsätzlichen Lösung dieser Probleme verweise ich auf die protestantische Arbeitsethik: Gott gibt dir Talente und Fähigkeiten, und du mußt sie nutzen. Und wenn du sie nutzt und es dir gutgeht, dann hast du die Pflicht, anderen zu helfen. Aber auf alle Fälle muß zunächst Reichtum geschaffen werden, bevor er verteilt werden kann.

SPIEGEL: So also entsteht soziales Mitgefühl?

THATCHER: Natürlich, woher sollte es sonst kommen.

SPIEGEL: Noch haben Sie sich nicht festgelegt, ob Sie sich ein viertes Mal zur Wahl als Premierministerin stellen werden. Wird der Thatcherismus in diesem Land überleben, auch wenn Sie nicht mehr im Amt sind?

THATCHER: Der Thatcherismus wird überleben, weil er eine Sache des gesunden Menschenverstandes ist: Anreize schaffen, Leistung erzielen, neue Unternehmen gründen, für Wohlergehen und Reichtum sorgen. Man muß Reichtum schaffen, bevor man ihn verteilen kann, und man darf nicht so viel verteilen, daß die Schaffung von neuem Wert dadurch behindert oder gar gestoppt wird. Mit anderen Worten: Schlachtet nicht die Gans, die das goldene Ei legt. Die Gans muß im Gegenteil gehegt und gepflegt werden, damit sie auch weiterhin goldene Eier legt.

SPIEGEL: Frau Premierministerin, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

USA

Tiefe Wurzeln

Weil der japanische Toshiba-Konzern Technologie an die Sowjet-Union geliefert hatte, sollte er vom US-Markt verbannt werden. Jetzt protestieren amerikanische Firmen.

Toshiba Corporation“, so hatten die Manager des japanischen Unternehmens im Juli in den Anzeigenspalten großer Tageszeitungen mitgeteilt, „spricht dem amerikanischen Volk tiefstes Bedauern aus.“ Unterschrift: Joichi Aoi, Präsident der Toshiba Corporation.



Protestaktion gegen Toshiba*
„Verheerend für die Sicherheit“

Grund für das Bedauern des Präsidenten waren Toshibas kleine Geschäfte mit der großen Sowjet-Union. Die Firma hatte den Sowjets Technologie geliefert, mit deren Hilfe U-Boote geräuschlos durch die Meere fahren können – unhörbar für die Horchapparate der Amerikaner.

Politiker in Washington waren entrüstet. Demonstrativ wurde vor dem Capitol ein Toshiba-Gerät zertrümmert. Der US-Senat arbeitete einen Zusatz in den Entwurf eines neuen Handelsgesetzes ein, durch den Toshiba-Einfuhren mit einer mindestens zweijährigen Sperre belegt würden. Den Zusatz aber bedauert nun plötzlich jene Gruppe, die davon den Vorteil haben sollte: Amerikas Big Business.

* Am 1. Juli zertrümmern US-Parlamentarier vor dem Capitol in Washington einen Toshiba-Radio-recorder.

„Milliarden Dollar und Dutzende von Firmen“, entsetzte sich vergangene Woche Paul Freedenberg vom US-Handelsministerium, „stecken in Verträgen mit Toshiba.“ Beim Nachblättern in der Liste von Lobbyisten wider den Toshiba-Boycott fiel einem Kongreß-Mitarbeiter sogar auf: „Toshiba hat offenbar mit jeder Firma in den USA irgendeinen Deal.“

Die Deals mit Toshiba berühren den Nerv von Elektronik-Giganten wie IBM und AT & T. Sie sind fester Bestandteil der Produktplanung bei Technologiekonzernen wie General Electric und Rockwell International. Sie bereiten den Managern von Computerfirmen wie Hewlett-Packard und Honeywell Kopfschmerzen. Sie haben Geschäftserfolge von Unternehmen wie Apple und Motorola möglich gemacht.

Toshiba ist indes nur ein Teil des Problems: Japan Incorporated – Amerikas Ausdruck für das zentralgesteuerte Industriesystem der Japaner – hat in den USA so tiefe Wurzeln geschlagen, daß Boykotte und protektionistische Gesetze den Amerikanern mehr schaden als nützen.

Japan Inc. verwöhnt den Kunden mit perfekter Unterhaltungselektronik und mit strapazierfähigen Automobilen. Sie liefert ihm preiswerte Fernsehgeräte und modernste Photoausrüstungen. Sie bedient aber auch zuverlässig die US-Industrie mit Teilen für ihre Produktion.

Der Auto-Konzern Chrysler etwa produziert selbst nur 35 Prozent der für seine Automobile benötigten Teile, bei Ford sind es knapp 50 Prozent. Der Rest kommt von Zulieferern, oft jenseits der Grenzen. Das Feinere davon stammt aus Japan.

Warenhäuser wie Montgomery Ward oder Sears Roebuck beziehen Elektronikgeräte aus Japan und verkaufen sie unter eigener Marke. Die Sears-Fernsehgeräte beispielsweise liefert Toshiba.

Toshiba – Jahresumsatz fast 21 Milliarden US-Dollar – verschaffte der gerade wieder aufgestiegenen Computer-Firma Apple die Lasertechnik für die Drucker seiner neuen Bürocomputer. Die Motorola Inc. verdankt ihren Wiedereinstieg in den Markt für Memory-Halbleiter einem Exklusivvertrag mit Toshiba.

Bis zum Jahr 2000, so die Unternehmensberatung Diebold, werde in den USA eine ganz neue Gruppe von Elektronikprodukten entwickelt – von „denkenden“ Computern bis zu kompletten

elektronischen Bausätzen für Autos und Maschinen. US-Konzerne allein werden das nicht schaffen.

Besonders die Standardware des Computerzeitalters – Speicherchips, Halbleiter – wird immer mehr von asiatischen Herstellern geliefert: Japan Inc. ist billiger und zuverlässiger, seine Fabriken arbeiten mit weit weniger Ausschußware als die amerikanischen.

Die meisten US-Konzerne achten bislang zwar noch darauf, daß nicht mehr als etwa ein Drittel wichtiger Komponenten aus Japan stammt. Aber jeder protektionistische Schlag gegen die Japaner macht ihnen schon jetzt zu schaffen.

„Keiner von den Großen hier würde zwar untergehen, wenn die Sanktionen gegen Toshiba durchkämen“, sagt Edward J. Black vom Interessenverband der Computer- und Kommunikationsindustrie, „aber ganze Produktlinien könnten vom Markt verschwinden.“

Selbst IBM, mit Abstand größtes Elektronikunternehmen der Welt, verbirgt wegen seiner langfristigen Verträge mit Toshiba und anderen Japanern nur mühsam eine gewisse Nervosität. „Wir werden“, so die offizielle Stellungnahme des Unternehmens, „ein Auge auf die Sanktionsgesetze haben.“

Besonders ärgerlich findet es die amerikanische Computerbranche, daß die europäische Konkurrenz von einem Verbot der Toshiba-Einfuhren begünstigt sein könnte. „Was passiert denn“, fragt ein Vertreter der Computer-Industrie, „wenn europäische Firmen Produkte mit Toshiba-Teilen in die USA einführen? Sollen wir deswegen einen Handelskrieg beginnen?“

Nachdem im Mai die Untaten des Toshiba-Konzerns ruchbar geworden waren, zeigten sich die Protektionisten in Senat und Repräsentantenhaus dazu noch bereit. Nun aber – rechtzeitig zum Ende der Parlamentsferien – hat die Industrie den Fall Toshiba umgedreht.

„Die Verbindung von Handels- und Sicherheitspolitik“, zürnt Funktionär Black, „kann verheerend für die Sicherheit und die Wettbewerbsfähigkeit der USA sein.“

WASHINGTON

Schlicht gierig

Der schwarze Bürgermeister kämpft gegen Korruptionsvorwürfe – und hält dem Staatsanwalt Rassismus vor.

Triumphal war Washingtons Bürgermeister zu seiner dritten Amtszeit wiedergewählt worden. Mit einem Stimmenverhältnis von zwei zu eins deklarierte er – im vergangenen November – nicht nur seine Gegenkandidatin; er machte auch klar, daß nunmehr in der

US-Hauptstadt nichts mehr gegen Marion Shepilov Barry, den Sohn eines schwarzen Farmpächters aus Mississippi, laufen werde – eine amerikanische Erfolgsgeschichte wie aus dem Bilderbuch.

Und Barry, heute 51, demonstrierte den hart erkämpften Erfolg. Vier Tage dauerten die Eröffnungsfeierlichkeiten für seine dritte Amtszeit: Empfänge, Partys, Bälle nonstop. Seine Ehren, „His Honor“, ließen durchblicken, daß man jetzt entspannt regieren und sich vermehrt um Repräsentationsaufgaben kümmern könne.

Die 625 000-Einwohner-Stadt am Potomac möchte schließlich bald der 51. US-Bundesstaat werden – mit New Columbia als Namen und Barry als Senator.



Bürgermeister Barry, Gattin Effi: Kleidergeld vom Lobbyisten

Doch die selbstzufriedene Ruhe währte nicht lange. Im Januar entspannte Barry sich unter kalifornischer Sonne, als auf der anderen Seite des Kontinents ein Unwetter über seiner Stadt aufzog.

Es schneite zwei Tage lang – und Washington brach zusammen. Die US-Regierung stellte vorübergehend den Betrieb ein, die Stadtverwaltung sowie die Schulen schlossen, Lebensmittel-läden waren leergekauft.

Als das Stadtoberhaupt schließlich ganz ohne Eile aus Sunny California zurückkehrte und sich im Hubschrauber über die weiße Pracht fliegen ließ, verkündete er achselzuckend, Washington sei halt eine Südstaatenstadt, für Schneekatastrophen nicht gerüstet.

Das Versagen der Behörden, die den Schnee tagelang nicht räumten, und die Nonchalance des Bürgermeisters, der das Chaos nicht weiter beachtenswert fand, waren der Anfang vom Ende. Barrys Erfolgskurve knickte ab.

Dem Schneeskandal folgten Pannen im städtischen Ambulanzwesen. Die Rettungswagen trafen in Notfällen oft mit lebensbedrohlicher Verspätung – wenn überhaupt – ein. Bürgermeister Barry befand patzig, Washingtons Bürger würden die Krankenwagen als eine Art Taxi-Service zum Spital mißbrauchen und ihre eigenen „großen langen Wagen“ nur noch für Trips zu Sportveranstaltungen verwenden.

Die Reaktion darauf war ein Aufschrei auch seiner Stammwählerschaft im schwarzen, armen Südostteil der Stadt. Barry verlor die Nerven – und sein Geschick, Wählerkoalitionen über Rassegrenzen hinweg zusammenzuhalten.

Als nächstes beschwerten sich die Einwohner von Georgetown, des besseren (weißen) Stadtteils von Washington,

über wachsende Kriminalität auf ihren von viktorianischen Häusern gesäumten Straßen. Etwas später klagten die Richter über die verfassungswidrige Überfüllung der Washingtoner Gefängnisse.

Dann stürmten Bundespolizisten vom FBI die korruptionsverdächtige Drogenabteilung der Stadtpolizei. Der Erfolg: Rund 150 anstehende Verhandlungen gegen Drogenhändler müssen nun möglicherweise fallengelassen werden. Bei den Dealern kam Freude auf.

Anderswo hätte ein energischer Bürgermeister eine solche Serie von Rückschlägen vielleicht stoppen können. Aber in Washington stürzten sich die Medien jetzt, wo Barry Schwächen zeigte, auf den eigentlichen Skandal der Hauptstadt: die seit langem allgegenwärtige Korruption.

Schon seit Jahren ermitteln Bundesstaatsanwälte unter Führung von Joseph diGenova zeitweilig gegen jede Behörde der Stadtverwaltung, gegen jedes